Le Berlaymont
Präsidentin der Europäischen Kommission
Ursula Von der Leyen
Rue de la Loi 200
1049 Brüssel
Belgien

Bundeskanzleramt
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Friedrich Merz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
Deutschland

Kommunalabwasserrichtlinie: Aufruf zum Handeln

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin Von der Leyen,

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz,

mit diesem Schreiben wenden wir uns an Sie, um nochmals auf die Dringlichkeit einer zeitnahen Überarbeitung der Urban Wastewater Treatment Directive / Kommunale Abwasserrichtlinie (UWWTD) hinzuweisen.

Die UWWTD sieht vor, dass die Kosten für die 4. Reinigungsstufe von der Kosmetik- und Pharmaindustrie getragen werden sollen, da diese beiden Industrien angeblich für 92 % der Mikroschadstoffe im Abwasser verantwortlich sind. Mehrere Studien belegen, dass diese Annahmen auf einer falschen Datengrundlage der Europäischen Kommission beruhen und sich durch aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse nicht belegen lassen. Die angedachte Lenkungswirkung der Erweiterten Herstellerverantwortung funktioniert nicht im Markt für Pharmazeutika, weil Substanzen sich nicht austauschen lassen, ohne die gewollte Wirkung zu beeinflussen.

Zudem geht die Europäische Kommission fälschlicherweise davon aus, dass Preiserhöhungen im Pharmasektor ohne Weiteres umsetzbar sind. Dies entspricht jedoch nicht den tatsächlichen Marktmechanismen, insbesondere in Deutschland. Der Generikamarkt arbeitet bereits mit äußerst geringen Gewinnmargen und ist durch zahlreiche gesetzliche Regelungen, Verträge und Preismoratorien gedeckelt, sodass eine erhebliche Kostensteigerung infolge der UWWTD unweigerlich dazu führen würde, dass bestimmte Arzneimittel vom Markt genommen werden müssten. Bereits jetzt haben steigende Produktionskosten infolge von Inflation, Energiepreisen und weiteren Faktoren die Lieferketten stark strapaziert und zahlreiche Pharmaunternehmen gezwungen, Produkte einzustellen. Sollte die Kommission die UWWTD nicht überarbeiten, wird sich diese Entwicklung erheblich verschärfen.

Die Folge wären massive Versorgungsengpässe bei Humanarzneimitteln in der EU. Die dadurch resultierende Notwendigkeit hin zu alternativen Therapien wäre mit erheblichen Mehrkosten für die Gesundheitssysteme verbunden. Beispielsweise betragen die jährlichen Kosten von Metformin (Antidiabetikum) für das deutsche Gesundheitssystem ca. 350 Millionen Euro. Fällt dieses Medikament weg, würden die Kosten für alternative Therapien (z.B. Sulfonylharnstoffe, Gliflozine, Insulin) ca. 1,8 Milliarden Euro betragen. Wohlgemerkt wären dies die Mehrkosten für den Wegfall von nur einem Medikament.

Pro Generika e.V.
Unter den Linden 32-34
10117 Berlin

Pharma Deutschland e.V.
Friedrichstr. 134
10117 Berlin

Bereits heute ist die europäische Pharmaindustrie stark abhängig von Vorprodukten und Arzneiwirkstoffen aus Drittstaaten, insbesondere aus Asien. Der enorme Kostenanstieg durch die UWWTD wird diesen Trend noch weiter verschärfen. Damit torpediert die UWWTD das Ziel der Europäischen Kommission – die dieses nicht zuletzt mit dem Critical Medicines Act verfolgt –, die eigene Souveränität und die Resilienz der Lieferketten zu stärken.

Eine zeitnahe Überarbeitung der UWWTD ist notwendig. Die erweiterte Herstellerverantwortung und die Kosten der 4. Reinigungsstufe sollen ab dem 1. Januar 2029 greifen. Wir als Unternehmen brauchen schnellstmögliche Planungssicherheit für Investitionen in Produktionskapazitäten.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Bork Bretthauer
Geschäftsführer
Pro Generika e.V.

Dorothee Brakmann
Hauptgeschäftsführerin
Pharma Deutschland e.V.

Andreas Burkhardt
SVP General Manager Germany
Teva Pharmaceuticals

Dr. Hans-Georg Feldmeier
CEO
Dermapharm AG

Dr. Rainer Hartung
Managing Director RA/PV/QA
PUREN Pharma GmbH Co.KG

Beate Küter
CEO
hameln pharma GmbH

Josip Mestrovic
General Manager Zentiva Germany
& Switzerland

Thomas Weigold
Country President Sandoz Germany
& CEO Hexal AG